

Widersprüche im Umgang mit Suchtmitteln

Felix Gutzwiler

Prof., Direktor des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich, Nationalrat, Zürich

Im Editorial der Ausgabe 1/03 vom medialex weist Franz Riklin auf einige Widersprüche im Umgang mit Suchtmitteln hin. Auf den Hauptwiderspruch wird allerdings nicht hingewiesen der darin liegt, dass wir als Gesellschaft die Suchtprobleme nicht gesamthaft angehen. D.h., dass wir die Probleme mit den legalen Substanzen zu permissiv, diejenigen mit den illegalen zu restriktiv bzw. prohibitionistisch angegangen sind. Aus der Optik des öffentlichen Gesundheitswesens muss die Gesundheitspolitik dafür sorgen, dass wir in einer Gesellschaft mit einem möglichst geringen Ausmass an Suchtabhängigkeit sowie mit möglichst geringen individuellen als auch gesellschaftlichen Folgeschäden leben. Das bedingt das genannte gesamthafte Angehen der Suchtprobleme.

Als generelle Marschrichtung für eine Suchtmittelpolitik kann aus dieser Erkenntnis abgeleitet werden, dass wenn wir diese drogenpolitische Entwicklung in eine längere Optik einbauen, kämen wir wohl zu folgendem Ergebnis. Aus der Sicht des öffentlichen Gesundheitswesens muss die Gesundheitspolitik dafür sorgen, dass wir in einer Gesellschaft mit einem möglichst geringem Ausmass an Suchtabhängigkeit sowie mit möglichst geringen individuellen als auch gesellschaftlichen Folgeschäden leben. Dabei müssen Suchtprobleme aber gesamthaft angegangen werden. Das wird aus dem Rückblick des nächsten Jahrhunderts wohl heissen, dass wir in diesem Jahrhundert die Probleme mit den legalen Substanzen zu permissiv, diejenigen mit den illegalen zu restriktiv angegangen sind. Als generelle Marschrichtung für eine zukünftige Suchtmittelpolitik kann aus dieser Erkenntnis abgeleitet werden, dass wir tendenziell die legalen Substanzen (insbesondere Tabak und Alkohol) restriktiver (z.B. Werbung, Verkaufsflächen, Einschränkungen im öffentlichen Raum) behandeln sollten. Die heute illegalen Süchte sollten nicht permissiver behandelt werden (z.B. im Sinne einer breiten Zugänglichkeit), sondern weniger restriktiv, indem den Abhängigen in einem therapeutischen Kontext die entsprechenden Substanzen ärztlich kontrolliert abgegeben werden könnten.

Von besonderem Interesse ist zur Zeit die Frage des Umgangs mit Cannabis, insbesondere da dieses Produkt in einer ähnlichen «Risikoklasse» zu liegen kommt wie Tabak und Alkohol. Auch in diesem Bereich sollten die Politiken mittelfristig eher konvergieren als auseinanderdriften. Bedenkt man etwa die Vehemenz, mit der permissive Positionen bei der Promille Frage (Alkohol am Steuer) von dem gleichen Protagonisten mit äusserst restriktiven Positionen im Umgang mit Cannabis verbunden werden, dann zeigt sich die Inkonsistenz dieser Argumentation.

Gerade bei der aktuellen Cannabis Debatte zeigen sich die Widersprüche:

Mehr als die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat Erfahrungen mit Cannabis. Sie alle per Gesetz zu Kriminellen zu stempeln, geht nicht an. Dies um so mehr als die gesundheitliche Gefährdung im Vergleich zu weit verbreiteten legalen Genussmitteln gemäss heutigem Forschungsstand nicht grösser ist. Die Strafbefreiung des Cannabiskonsums bedeutet nicht, dass Cannabis völlig harmlos ist. Ein begrenzter Anbau und Handel unter strikten Rahmenbedingungen sollte versuchsweise eingeführt werden. Cannabis kann damit ganz aus der Illegalität genommen und von der Szene der harten Drogen abgetrennt werden.

Das demnächst im Parlament zu diskutierende Konzept für Cannabis braucht klare Rahmenbedingungen. Dazu gehören insbesondere Massnahmen des Jugendschutzes an den Verkaufspunkten, die Verhinderung eines grenzüberschreitenden Handels, die Definition von maximalen Abgabemengen sowie Werbeverbote. Zudem braucht es ein gesetzlich verankertes Konsumverbot in öffentlichen Gebäuden, Verkehrsmitteln usw. Damit soll klar zum Ausdruck kommen, dass der Konsum von Cannabis zwar toleriert wird, jedoch sozial unerwünscht ist. Diese Haltung steht im Einklang mit den Bestrebungen, den Tabakkonsum in der Öffentlichkeit einzugrenzen.

Für Widersprüche im Umgang mit den Suchtmitteln sind vor allem die Jugendlichen äusserst sensibel. In der konkreten Präventionsarbeit wird das stark spürbar. Die Reduktion dieser Widersprüche verlangt nach einer kohärenten Suchtmittelpolitik, die persönliche Information und Präventionskampagnen mit Lenkungsmassnahmen (Besteuerung sowie Rahmenbedingungen) Werbeeinschränkungen, Alterslimite, Einschränkung des Konsums in öffentlichem Raum etc. umfasst. Bloss so entsteht eine Prävention im Sinne der breiten Gesundheitsförderung, damit die Nachfrage nach bewusstseinsverändernden Substanzen insgesamt möglichst gering gehalten werden kann. ■